

CDU will Grundschulklassen mit höchstens 20 Kindern

Messzahl soll fünf Jahre lang schrittweise sinken - Bettina Dickes: Gut angelegtes Geld -
Ministerium hilft den Anfängern

RHEINLAND-PFALZ. Eltern und Lehrer fordern es schon lange, auch die Verbände drängen darauf: Grundschulklassen müssen kleiner werden, damit die individuelle Förderung besser wird. Ein neuer Vorstoß kommt jetzt von der CDU-Opposition: Binnen fünf Jahren soll die maximale Klassenstärke schrittweise von heute 30 auf 20 Schüler sinken. "Gerade kleinere Kinder lernen vor allem durch Zuwendung und benötigen viel persönliche Ansprache", so die bildungspolitische Sprecherin der Fraktion, Bettina Dickes.

Zwar sitzen heute in den Grundschulklassen im Schnitt 21,3 Schüler. Doch das ist nur ein Mittelwert. Neben kleinen Klassen mit 16 oder 17 Schülern gibt es viele große mit bis zu 30 Schülern, vor allem an großen Grundschulen. Eine Senkung der Klassenmesszahl steht aber für das Bildungsministerium "nicht auf der Tagesordnung", sagt Staatssekretärin Vera Reiß (SPD). Dennoch ändert sich etwas, wenngleich nur für die Schulanfänger und ohne dass das Ministerium dies an die große Glocke hängt: Die Schulaufsicht wurde in diesem Jahr besonders nachdrücklich beauftragt, bei der Einschulung große Klassen von 29 oder 30 Schülern zu vermeiden.

Vor Ort kommt die gute Nachricht mitunter überraschend. Beispielsweise erfuhren die Eltern der Schulanfänger im rheinhessischen Nieder-Olm am letzten Tag vor den Sommerferien, dass ihre Schule kurzfristig umplanen muss. "Seitens des Bildungsministeriums gibt es eine Änderung der Klassenmesszahl für unsere Eingangsstufe", schreibt die Schulleitung den Eltern.

Statt 117 Erstklässler auf vier Klassen zu 29 bis 30 Schüler zu verteilen, können jetzt fünf Klassen mit im Schnitt 23,2 Schülern gebildet werden, die Schule sucht eine zusätzliche Lehrkraft. Das ist die Erfüllung lang gehegter Elternwünsche. Weil es aber so kurzfristig kommt, ist es mit "viel Organisation und Umdenken" verbunden. Die Bildungsgewerkschaft GEW kennt den Ablauf: Die Schulräte haben die Schulleiter um Rückmeldung gebeten, wo Eingangsklassen mehr als 28 Kinder haben. Dort soll gezielt geholfen werden. GEW und auch der Verband Bildung und Erziehung loben dies als Schritt in die richtige Richtung. Aber sie wollen mehr: keine Klasse über 20 Schüler, in allen vier Grundschuljahren.

Die Frage ist nur, wie das bezahlt werden soll. CDU-Bildungsexpertin Dickes schätzt, dass ihr Stufenmodell teilweise mit den frei werdenden Lehrkapazitäten im Zuge des demografischen Wandels umsetzbar ist. Dennoch müssten etwa 150 zusätzliche Lehrer eingestellt und jährlich sechs Millionen Euro aufgebracht werden. Das Geld wäre aber gut angelegt, sagt Dickes: Investitionen in die frühe Bildung ersparten dem Staat später ein Vielfaches an Sozialkosten.

Staatssekretärin Reiß (SPD) verspricht unterdessen: "Wir kümmern uns darum, dass Verbesserungen im Zuge von sinkenden Schülerzahlen zuallererst bei den Grundschulen ankommen." (ren)